

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 28/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Hans-Jochen Vogel, Mitglied des SPD-Präsidiums, erinnert an den 150. Todestag des Freiherrn von Stein: Ein großer Reformier.
Seite 1

Walter Polkehn MdB fragt, ob CDU-Politiker nicht aus der Geschichte gelernt haben: Minister Hasselmann auf dem Weg nach Breslau.
Seite 3

Dokumentation
Peter Glotz auf dem Parteitag der Berliner SPD: Um jedes Stück realen Einfluß kämpfen.
Seite 4

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 120

30. Juni 1981

Ein großer Reformier

Zum 150. Todestag des Freiherrn von Stein

Von Dr. Hans-Jochen Vogel
Mitglied des SPD-Präsidiums

Vor 150 Jahren, am 29. Juni 1831, starb der aus Nassau gebürtige, reichsunmittelbare Wahlpreuße Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr von und zum Stein. Sein Leben und Wirken hat in der preußischen Geschichte und darüber hinaus in der deutschen Geschichte tiefe Spuren hinterlassen.

Gewiß, er war ein Kind seiner Zeit. Und es wäre durchaus verfehlt, ihn als Demokraten oder gar als Vorläufer des demokratischen Sozialismus in Anspruch nehmen zu wollen. In manchen Hinsichten, so in seiner von mythologischen Zügen nicht gänzlich freien Verklärung des Reichsgedankens wies sein Denken und seine Vorstellungswelt sogar Züge auf, die eher an mittelalterliches Gedankengut anknüpfen.

Aber Stein erkannte schärfer als viele seiner Zeitgenossen die Gründe für den Niedergang Preußens. Vor allem erkannte er die lähmenden Auswirkungen erstarrter feudaler Strukturen und einer engstirnigen absolutistischen Bürokratie. Und er war der Mann, aus diesen Erkenntnissen Folgerungen zu ziehen. In knapp 15 Monaten setzte er seine Reformen ins Werk, die einander fast wie Keulenschläge folgen.



So erging

- am 9. und 28. Oktober 1807 das Edikt über die Bauernbefreiung und die "Kabinetts-order betreffend die Aufhebung der Erb-Untertänigkeit auf sämtlichen preußischen Domänen";
- am 23. November 1807 der Entwurf, sodann am 24. November 1808 die Neuorganisation der Staatsspitze durch das Organisationsedikt und
- am 19. November 1808 die "Ordnung für sämtliche Städte der preußischen Monarchie", die sogenannte Stein'sche Städteordnung.

Grundlage der Reformen war Steins Nassauische Denkschrift vom Juni 1807. Einer ihrer Kernsätze lautete: "Das zudringliche Eingreifen der Staatsbehörden in Privat- und Gemeindeangelegenheiten muß aufhören und dessen Stelle nimmt die Tätigkeit des Bürgers ein, der nicht in Formen und Papier lebt, sondern kräftig handelt, weil ihn seine Verhältnisse... zur Teilnahme am Gewirre menschlicher Angelegenheiten nötigen".

Dieser Satz war der Schlüssel für die von Stein in Gang gesetzte Entwicklung einer kommunalen Selbstverwaltung im modernen Sinn. Dieser Satz ist aber auch ein wesentliches Vermächtnis des großen Reformers, das alle bedenken sollten, die sich aus Anlaß seines Jubiläums auf ihn berufen oder ihn feiern. Denn die Neigung der Staatsbehörden in Privat- und Gemeindeangelegenheiten zudringlich einzugreifen, ist durchaus nicht erlahmt. Im Gegenteil: Städte und Gemeinden haben alle Hände voll zu tun, sich dieser Neigung zu erwehren. Und Bürgerinitiativen und Selbsthilfeaktivitäten begegnen bei den etablierten Administrationen auch heute noch immer wieder einer Skepsis und Zurückhaltung, die sicherlich den Zorn Steins herausfordern würden.

In einem allerdings ging es Stein ebenso wie denen, die heute für Reformen und Veränderungen eintreten. Er wurde von denen, deren Macht und Privilegien er antastete, diffamiert und mit wütenden Attacken verfolgt. Der Vorwurf, er sei insgeheim ein Jakobiner und ein Revolutionär und er rüttele an den Grundlagen des Staates, war noch einer von den mildereren. Daß er seine Absichten dennoch verwirklichen konnte und dabei tatkräftige Bundesgenossen fand, mag diejenigen ermutigen, die auch unsere heutigen Zustände nicht für unabänderlich, sondern für reformbedürftig, aber auch für reformfähig halten.

(-/30.6.1981/hj/ca)

+ + +



Minister Hasselmann auf dem Weg nach Breslau

Hat der CDU-Politiker nicht aus der Geschichte gelernt?

Von Walter Polkehn MdB

Mitglied des Außenpolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages

"Auf dem Weg nach Breslau" - dies war die Schlagzeile eines Berichts der Frankfurter Rundschau vom 22. dieses Monats zum Schlesiertreffen in Hannover. Dieses Motto stammt allerdings nicht vom Vorsitzenden der Schlesischen Landsmannschaft, wie man hätte vermuten können, sondern es verdeutlicht die Marschrichtung des Niedersächsischen Ministers für Bundesangelegenheiten Wilfried Hasselmann, der in Hannover wörtlich gesagt hat:

"Es ist meine Hoffnung, daß Ihr wiederum so machtvolles Bekenntnis zu Schlesien auf diesem Deutschlandtreffen der Schlesier 1981 uns auf dem Weg nach Breslau, Neiße, Oppeln, Liegnitz, Hirschberg, Glogau, Gleiwitz und Grünberg einen weiteren Schritt vorangebracht hat,"

Wie geschmacklos, ja unverantwortlich die Äußerungen des Ministers sind, wird erst recht deutlich, wenn er zuvor erklärte:

"Unverzichtbar ist uns aber auch der Respekt und die Achtung vor den Menschen, die heute in Schlesien, Pommern, Danzig und Ostpreußen beheimatet oder gar dort geboren sind. Und wie sehr sie diese Achtung und diesen Respekt verdienen, beweisen sie zur Zeit aller Welt."

Das ist in meinen Augen Scheinheiligkeit und Taktlosigkeit zugleich. Hätte Herr Hasselmann Respekt vor den Menschen in Polen gehabt, dann hätte er schweigen müssen. So aber hat er bei allen Polen neues Mißtrauen geweckt und der Verständigungspolitik einen schlechten Dienst erwiesen.

Sein Kollege Remmers hat 1979 den Polen gegenüber zu verstehen gegeben, "daß wir Deutschen aus der Geschichte gelernt haben und es auch verstehen, die Folgen der eigenen Geschichte zu tragen." Hat Minister Hasselmann aus der leidvollen deutsch-polnischen Geschichte nicht gelernt?

Offenbar nicht!

(-/30.6.1981/hl/ca)



DOKUMENTATION

Der Berliner SPD-Landesvorsitzende und Bundesgeschäftsführer Peter Glotz hat dem Parteitag der Berliner SPD am vergangenen Wochenende folgenden (um die speziellen, Berliner Aspekte) gekürzten Bericht gegeben.

Um jedes Stück realen Einfluß kämpfen

Die gegenwärtige Situation der deutschen Sozialdemokratie ist mit wenigen Sätzen gekennzeichnet: Die Bundesregierung kämpft mit einem ungeheuren Problemdruck. Die beiden zentralen Fragen unserer politischen Existenz sind Frieden und Vollbeschäftigung. Wir wollen nicht schön färben: Diese beiden großen Ziele sozialdemokratischer Politik sind heute auf der ganzen Welt in Gefahr. Und deshalb ist es überhaupt kein Wunder, daß diese sozialdemokratische Partei in eine tiefe und ernste Diskussion um diese Lebensfragen für unser Volk und für viele andere Völker verstrickt ist. Eher umgekehrt: Es müßte uns allen Sorge machen, daß die großen konservativen Parteien CDU und CSU, die selbst unter einem Kanzlerkandidaten Strauß 45 Prozent der Wähler in der Bundesrepublik hinter sich gebracht haben, sich diskussionslos mit den Formeln von gestern abfinden. Nicht uns Sozialdemokraten muß es peinlich sein, daß wir um die richtige Friedenspolitik ringen. Es ist vielmehr bedauerlich und schlimm, daß die Ängste und Zweifel, die Millionen von Menschen gegenüber einer möglichen Kriegsgefahr hegen, sich in der CDU/CSU überhaupt nicht spiegelt.

Ich sagte: Die Regierung kämpft mit einem ungeheuren Problemdruck. Ich füge hinzu: Es besteht die Gefahr, daß die Partei sich in dieser sich abmühenden Regierung nicht genug wiedererkennt. Die Gefahr, die daraus entsteht, haben wir bei der Berliner Wahlausinandersetzung gerade kennengelernt: Eine doppelte Opposition gegen die Sozialdemokraten, ein Wegdriften vieler junger Wähler zu alternativen und grünen Listen auf der einen Seite, eine resignierte Abwanderung von Stammwählern der SPD zu den Nichtwählern auf der anderen. Dies bedeutet: Wir müssen uns klarmachen, daß die nächsten acht, zehn oder zwölf Monate über die Frage entscheiden werden, ob wir die 80er Jahre als Regierungspartei gestalten oder als Oppositionspartei begleiten werden. Angesichts der verschärften Konflikte zwischen West und Ost und der steigenden weltwirtschaftlichen Krise, angesichts der Tatsache, daß die Opposition in Deutschland sich nur im Nein einig ist, sage ich: Ich jedenfalls werde kompromißlos dafür kämpfen, daß wir dort, wo es notwendig ist, mit neuen Leuten antreten und daß wir kein einziges Stück Verantwortung freiwillig denen überlassen, die Europa in den Konservatismus zurückstoßen wollen. Wir haben gerade erlebt, wie die Springer-Zeitungen in Berlin sich in die Kampagne der CDU haben einbinden lassen. Ein großer deutscher Verleger hat mir vor wenigen Tagen gesagt: "In der rechten Hälfte des Publikums tut sich etwas." Der Mann hat das ganz geschäftlich gemeint; aber er hat auch politisch recht. Die Interessenvertreter der gehobenen Schichten wittern Morgenluft. Aber wir sollen wissen: Francois Mitterrand ist in Frankreich Präsident geworden und er hat eine große Mehrheit gewonnen und wir empfinden dies als große Ermutigung. Und in Deutschland werden sich die deutschen Sozialdemokraten nicht durch eine die Probleme verschärfende Krisenrhetorik aus der Regierungsverantwortung wegschwätzen lassen.

Dazu gehört allerdings eins - und es wird dem Parteigeschäftsführer erlaubt sein, dies ganz am Anfang und noch vor der Auseinandersetzung mit den großen Themen aufzugreifen: Dazu gehört eine Sozialdemokratie, die in der Krise nicht plötzlich versucht, einig und stark zu werden, indem sie die anders Denkenden, die anders Aussehenden, die anders Ausgebildeten aus der Partei oder an ihren Rand drängt. Das heißt nicht, daß die Partei nicht dann und wann unsolidarisches Verhalten auch durch Parteiausschluß ahnden müßte. Das ist notwendig; wir haben vor wenigen Wochen ein Verfahren gegen acht Sozialdemokraten beantragt, die mit den Springer-Zeitungen gemeinsam dem politischen Gegner geholfen hatten. Dieselbe Konsequenz ist manchmal auch gegenüber fortgesetzten aggressiven und unsolidarischen öffentlichen Angriffen aus anderen Himmelsrichtungen notwendig; und ich stehe in der Diskussion jedem, der noch genauer wissen will, was ich damit meine, gern zur Verfügung.



Laßt es mich auch auf den seit heute tagenden Jusokongreß hin sagen: Wenn ein Sozialdemokrat dem anderen ein "Schlingern" in der Friedenspolitik vorwirft, dann zerstört dies die Chance zur sachlichen Kontroverse. Auch die Sprache kann verräterisch sein: Wenn eine Arbeitsgemeinschaft der SPD der von der SPD getragenen Regierung vorwirft, daß ein Beschluß, an dem sie sich beteiligthat, "in den Konsequenzen lebensgefährlich" sei und "gekippt" werden müsse, dann ist dies die bewußte Aufkündigung einer solidarischen Sprachhaltung. Und wenn erst einmal die solidarische Sprachhaltung aufgekündigt ist, dann hört auch oft die Solidarität auf.

Aber wir dürfen nicht damit anfangen, daß wir Meinungen, die uns unbequem sind, aus der Partei aussperren wollen. Und wir müssen akzeptieren, daß die Öffnung, die wir mit dem Godesberger Programm gegenüber den neuen Mittelschichten vollzogen haben, daß die Integration der außerparlamentarischen Opposition Ende der 60er Jahre, daß die Aufnahmewelle nach dem großen Wahlsieg Willy Brandts von 1972 nicht rückgängig gemacht werden soll und nicht rückgängig gemacht werden darf. Die SPD ist heute ein Bündnis des großen Blocks der Facharbeiter und der technischen Intelligenz auf der einen Seite mit dem kleineren, sich häufiger hin und her wendenden, aber eben auch wahlentscheidenden neuen Mittelschichten aus dem Dienstleistungsgewerbe und den öffentlichen Verwaltungen. Wer diese Gruppen polemisch gegeneinander auszuspielen versucht, wer sie in der SPD gegeneinander hetzt, wer sich an Sprüchen gegen die Kanalarbeiter auf der einen oder die Lehrer-SPD auf der anderen Seite ergötzt, der gefährdet unseren Erfolg.

Deswegen sage ich mit Nachdruck: Willy Brandts immerwährender Versuch, Genossen mit unterschiedlichen Meinungen und unterschiedlichen Gefühlen an einen Tisch zu bringen, muß weitergeführt werden. Ganz konkret gesagt: Ich achte die Lebensleistung unseres Freundes Herbert Weichmann, der sich als Hamburger Bürgermeister große Verdienste erworben hat. Aber wenn er Fragezeichen hinter diese Integrationspolitik setzt und die Auffassung äußert, daß das Auseinandergehen von Mehrheitssozialdemokratie und unabhängiger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik ein Muster für unsere heutige Situation sein könnte, dann muß man ihm sagen: Die Spaltung der Arbeiterbewegung war auch einer der Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik.

Auf deutsch heißt das: Wir müssen darum kämpfen, daß die Facharbeiter uns als ihre Interessenvertretung verstehen. Deswegen übrigens müssen wir uns Spielraum im Bundeshaushalt verschaffen für eine offensive Beschäftigungspolitik. Aber umgekehrt gilt eben auch: Wir wären auch nicht regierungsfähig, wenn uns fünf, sechs oder sieben Prozent der Wähler aus den Mittelschichten, der Wähler aus der jüngeren Generation zu den Grünen davonlaufen. Jochen Vogel hat recht gehabt, daß er allen Versuchungen widerstanden hat, Stammwähler durch eine falsch verstandene law-and-order-Politik gegenüber den Hausbesetzern zu halten. Gegen die doppelte Opposition behaupten wir uns nicht durch plötzliche Anpassungsprozesse in die grüne oder die konservative Richtung, sondern nur durch eine glaubwürdige und konsequente, von Überzeugung getragene Politik. Wir müssen das soziale Bündnis, daß in der Sozialdemokratie von heute repräsentiert ist, erhalten - und zwar unter einem Problemdruck, der überall die Regierungen wegschüpft. Carter ist abgewählt worden, Callaghan ist abgewählt worden, Giscard ist abgewählt worden. Die Schwierigkeiten, vor denen wir stehen, sind nicht isoliert deutsche Schwierigkeiten oder gar sozialdemokratische Schwierigkeiten. Wir lösen sie nur durch das eiserne Zusammenhalten unseres Bündnisses.

Laßt uns nicht darüber hinwegreden: Die SPD, ich meine: nicht nur die Berliner-Partei, die Gesamtpartei hat unter dem ungeheuren Druck der internationalen wirtschaftlichen Krise bei bestimmten Minderheiten einen Teil unserer Bindungswirkung verloren. Die Ängste schaukeln sich gegenseitig hoch; auf der einen Seite entsteht auch in Europa immer stärker eine neokonservative Bewegung, die in Amerika den Präsidenten Reagan ins Amt gespült hat. Auf der anderen Seite entwickeln sich Protestbewegungen, die von Thema zu Thema, von der Ökologie zum Frieden und demnächst vielleicht zu einem anderen großen Thema springen, die aber auch die Ängste spiegeln, die unsere Zeit prägen.

Wir registrieren eine Art Segmentierung, Aufspaltung und Aufteilung unserer Gesellschaft. Ich meine beispielsweise den Rückzug einzelner Gruppen in eigene, mehr oder weniger abgeschottete kommunikative Welten. Der Angehörige der Berliner Szene, der über die Bundesrepublikaner nur noch aus der TAZ informiert wird, ist ein besonders eindrück-



liches Beispiel für diese Entwicklung. Aber es gibt auch weniger radikale, weniger exotische und viel geläufigere Beispiele solch einer Selbstisolierung. Alte Menschen, die sich nur noch dem in Geschichtenform aufbereiteten Leben aus dem Fernsehapparat aussetzen, gehören auch dazu.

Noch mag man das alles als interessante Randerscheinung unserer gesellschaftlichen Entwicklung verbuchen. Wir werden damit fertig werden. Aber es fällt mir auf, daß ich immer häufiger rechten wie linken Kritikern begegne, die mit dem Gedanken einer Partei links von der SPD mit der gleichen Leidenschaft spielen, mit der Franz Josef Strauß eine Partei rechts von der CDU gefordert hat. Mir fällt auf, daß es inzwischen auch schon bei den Links-liberalen Mode wird, von freien Rundfunkanstalten zu fabulieren, in denen sich jede einzelne Gruppe eben schlicht und einfach selbst darstellen kann und die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die alle Gruppen integrieren sollen, für überholt anzusehen. Es fällt mir auf, daß der schärfer werdende soziale Konflikt da und dort Forderungen nach der Richtungsgewerkschaft hochkommen läßt. Vom rapiden Wachstum der Sekten, also vom Zerfall der großen Integrationskirchen will ich gar nicht reden.

Ich weiß, daß sich hier auch eine nur zu verständliche Opposition gegen die Fehlentwicklungen bei den Großorganisationen niederschlägt. Aber ich registriere auch den wachsenden Unwillen vieler Menschen, Gegensätzliches, Fremdes überhaupt erst einmal aufzunehmen. Wir geraten in eine Stimmung, in der der Kompromiß immer fragwürdiger zu werden scheint.

Klarheit, Wahrheit, Eindeutigkeit - der Zeitgeist, der in den Vereinigten Staaten Neokonservatismus heißt, dringt auch bei uns durch alle Ritzen. Die Jungen benutzen das Wort Glaubwürdigkeit, die FAZ spricht von Führung. Die Sehnsucht nach klaren Fronten geht durch alle Lager. Hoffentlich sind sie nicht bald so klar, daß Tote auf den Straßen liegen bleiben.

Mein Eindruck ist, daß die Bereitschaft schwindet, diese komplizierten Kontroversen durch komplizierte Kompromisse zu entschärfen. Doppelbeschlüsse werden immer mehr in Hohn und Spott ertränkt. Wenn Doppelbeschlüsse eine doppelte Moral signalisieren, wenn sie ohnmächtige Formelkompromisse sind, dann ist es in der Tat gerechtfertigt, sie zu verachten. Aber die modische, giftige, pathetische Lust am Stromlinienförmigen macht jedenfalls mir Angst. Die Sozialdemokratie muß sich Mühen, auch ihrerseits in diese Lust zu verfallen. Was ich kritisiere, ist die gängig werdende Diffamierung des Kompromisses als Opportunismus. Machen wir uns eins klar: Wenn die Bitterkeit sich entlädt, die hinter den neuen Klassenkonflikten unserer Gesellschaft steckt, dann wird der relative innere Frieden der letzten Jahrzehnte dahin sein. Auch damit kann man leben, wie viele unserer Nachbarländer zeigen. Aber jedes Opfer, das auf der Straße liegen bleibt, jeder Benno Ohnesorg, der irgendwo erschossen werden sollte, wird lange fortwirkenden Haß erzeugen; und die Deutschen sind, auch wenn sie hassen, gründlicher als andere Völker.

Deshalb setze ich mich dafür ein, daß die Sozialdemokratie zusammenzuhalten versucht, was hier auseinanderstrebt. Und dazu ist allerdings eins notwendig: Daß wir die Bindungswirkung, von der ich gerade gesprochen habe, zurückgewinnen. Unsere Selbstgewißheit, das Bild, das wir von uns haben, ist an ein paar Stellen verschwommen geworden. Wir müssen zurückfinden zu einigen Grundgewisheiten, die den Menschen sozusagen automatisch einfallen, wenn von der Sozialdemokratie die Rede ist.

Ich spreche von der Identität der sozialdemokratischen Partei. Es ist die Identität einer sozialen Bewegung, die ihre Erfahrungen aus zwei Weltkriegen, ihre Erfahrungen mit dem Faschismus und dem Stalinismus, ihre Erfahrungen mit einem ungebremsen und mit einem stärker gebändigten Kapitalismus gemacht hat. Es sind also europäische Erfahrungen und es geht auch, ganz unpolemisch gegen andere, beispielsweise die Amerikaner, gesagt, um europäische Identität. Zu dieser Identität, zu dieser Form der Selbstgewißheit, die wir auf andere übertragen müssen, gehört beispielsweise unser vielen Leuten auf die Nerven gehendes konsequentes Eintreten für eine wirksame und politisch durchsetzbare Entspannungspolitik.

Denn wir, die Deutschen, haben eben die Erfahrung gemacht, daß Krieg nicht nur zur physischen Zerstörung des eigenen Landes führen kann, sondern auch zur Zerstörung des inneren Kompasses eines Volkes.



Deswegen haben wir ein tiefes Mißtrauen gegen jedes Streben nach militärischer Überlegenheit. Wir lassen uns nicht in irgendeine Form von Anti-Amerikanismus hineinreden und wir wollen mit dem amerikanischen Volk verbündet bleiben. Aber unsere europäischen Erfahrungen - und unsere eigene zum Teil schuldbeladene Vergangenheit - zwingen uns, auf Verhandlungen und Entspannung und Abrüstung zu drängen, wann immer und wo immer es möglich ist! Deswegen bleibt für uns "Entspannung" ein Leitbegriff, auch wenn er anderswo aus der Mode gerät.

Und zu unserer Selbstgewißheit gehört auch die ökologische Erfahrung, daß ein begrenztes, ein kleines Land so voll gepflastert werden kann mit Straßen, Fabriken, Betonburgen, daß die Natur erdrückt und die Umwelt für den Menschen lebensunwert werden kann.

Für uns bedeutet das: Es gibt für uns keinen idealistischen Sprung zurück in ein vorindustrielles Zeitalter. Wir müssen Arbeitsplätze für Millionen von Menschen sichern. In den Nischen des Sozialstaates kann man nur dann existieren, wenn andere den Sozialstaat erhalten. Aber das heißt für uns auch: Wir müssen alles tun, daß der Lebensraum der Menschen in diesem begrenzten und kleinen Land nicht zerstört und vergiftet wird. Wir können nicht auf Wachstumfelder verzichten, aber wir wollen auch nicht alles machen, was technisch inzwischen machbar geworden ist. Wir sind nicht technik-feindlich; aber wir wollen Leute sein, die technische Entwicklungen nicht blind vollziehen, sondern bewußt steuern.

Und zu dieser Selbstgewißheit, die wir auf andere Menschen übertragen müssen, gehört auch die kulturelle Erfahrung, daß man menschliche Beziehungen so sehr kontrollieren, standardisieren und abkühlen kann, daß der einzelne sich isoliert fühlt und ausflüpt. Laßt uns nicht vergessen, daß wir mit der Bildungspolitik einmal Mehrheiten gewonnen haben, während wir in den letzten Jahren mit der Bildungspolitik manchmal Mehrheiten vergrault haben. Und wenn ich da Bildungspolitik sage, dann meine ich nicht eine abgehobene Debatte um Schulorganisation, sondern die konkrete Debatte um die Art und Weise, wie wir unsere Kinder erziehen wollen. Wenn der Graf Lambdorff uns Japan als Vorbild empfiehlt, dann müssen wir ihm eben ohne Zögern antworten, daß wir das extreme Konkurrenzsystem des japanischen Schulwesens strikt und ein für alle Mal ablehnen! Weil wir diesen Menschen nicht wollen, deswegen lehnen wir die Festschreibung des dreigliedrigen Schulsystems bis ins dritte Jahrtausend oder wer weiß wie lang ab!

Und laßt uns manchmal auch zurück in die Geschichte schauen. Man kann bei Gott die vielen Irrwege nicht übersehen, die deutsche Sozialdemokraten in den letzten 100 Jahren gegangen sind, aber man kann auch nicht übersehen, daß diese Organisation in all den Jahrzehnten eben die einzig wirksame Organisation war, die für den Ausbau des Sozialstaates und für die Erhaltung des Friedens gestanden hat. Ich finde es schlimm, daß wir es beispielsweise zulassen, daß zwar von dem Widerstand, den Grafen und Generäle gegen die Nazis geleistet haben, viel die Rede ist, daß wir aber den Widerstand unbekannter Sozialdemokraten und unbekannter Gewerkschaftler verschweigen! Wir müssen aufhören, unsere Geschichte zu verschlampen!

Die Splitterorganisationen, die sich neben der Arbeiterbewegung, an der Arbeiterbewegung vorbei oder gar gegen die Arbeiterbewegung etabliert haben, haben immer wieder erhebliche Erfolge gehabt. Aber nach ein paar Jahren waren sie verschwunden, und übrig geblieben ist die Gewerkschaftsbewegung und diese Sozialdemokratie, die viele wieder einmal weg-schieben und einschüchtern wollen. Ich bin dafür, daß wir uns nicht einschüchtern lassen.

In seinem Buch "Ein Zeitalter wird besichtigt", hat der große deutsche und antifaschistische Dichter Heinrich Mann den folgenden Satz formuliert: Es klingt pessimistisch, aber er ist nur realistisch. Heinrich Mann sagt: "Der Einzelne lebt kurz, vollendete Verwandlung erlebt er selten, eher wird er zuletzt noch Zeuge eines Rückfalls der Nation in längst widerlegte Zustände."

Wir Sozialdemokraten wollen uns nicht mitschuldig daran machen, daß unsere Nation in längst widerlegte Zustände wieder zurückfällt. Deswegen werden wir um jedes Stück realen Einflusses auf diese Gesellschaft kämpfen.

(-/30.6.1981/ks/ca)

+ + +

